Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 77 (1983)
Heft: 1

Artikel: Südafrika : Bericht einer Reise
Autor: Altwegg, Leni
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143025

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

LENI ALTWEGG

Südafrika

Bericht einer Reise

Trotz zunehmender Polarisierung eine Bilanz der Hoffnung

«Audiatur et altera pars» — man muß auch die andere Seite hören. Das ist der Grundsatz der AUDIATUR-Gesellschaft für ökumenische Reisen, mit der wir, eine Gruppe von 16 Leuten, drei Wochen durch die Republik Südafrika reisten. Die Frage ist natürlich, welches jeweils die andere Seite ist. Ist es der erst neulich abgebrochene rechte Flügel der Nationalen Partei, der seinen nicht unbedeutenden Einfluß dahin geltend macht, alle Reformpläne der Regierung Botha zu durchkreuzen? Sind es die Wirtschaftsfachleute hinter Botha, die sich und den andern versprechen, mit einer zunehmenden Liberalisierung auf dem wirtschaftlichen Sektor die Trennung zwischen Weiß und Schwarz mit der Zeit auch politisch zu überwinden? Sind es die Schwarzen, die in allen Reformplänen nur Augenwischerei sehen und einen weiteren Versuch, die weiße Vorherrschaft zu sichern?

Um es vorweg zu nehmen: Von den ganz eingeschworenen Nationalisten haben wir keinen getroffen. Diesbezügliche Versuche, meinerseits wohl auch nicht mit letztem Ernst betrieben, schlugen fehl. Der im «weißesten» Gebiet, dem Oranje-Freistaat, besuchte Farmer entpuppte sich als «Bekehrter», der seine Farmarbeiter überdurchschnittlich bezahlt und fördert. Patriarchalisch geht es zwar auch bei ihm zu; aber bei der älteren Generation der Arbeiter scheint das noch zu funktionieren, während die meisten Jungen in die Städte abwandern. Andere, durch einen Mittelsmann angefragte, sogenannte «Verkrampfte» waren nicht abkömmlich. Sie verhandelten auf der Synode der (rein weißen) «Dutch Reformed Church» darüber, wie man die Bevölkerung von Transvaal davon abhalten könnte, die Spielkasinos im nahen «Heimatland» Bophutatswana zu besuchen, und daß man Abtreibung auch bei Vergewaltigungen verbieten müsse, weil alles Leben von Gott und darum zu schützen sei ... Die Frage der Apartheid aber und der Zusammenarbeit mit den schwarzen und den «farbigen» Tochterkirchen wurde auf die nächste Synode (in vier Jahren!) verschoben. — Ich halte dieses Manko in der Ausgewogenheit unserer Reise nicht für gravierend. Denn erstens sind solche Positionen allzu leicht «abzuschießen», und zweitens brauchen wir nur die Manifeste zum Beispiel unserer Nationalen Aktion zu lesen, um die Gedankenführung der südafrikanischen Nationalisten zu erkennen.

Uebrigens ist es wohl genau dies, was Südafrika immer wieder so faszinierend macht: Daß dort die Konflikte, welche die Welt in Erste bis Vierte Welten spalten, auf überschaubarem Raum, aber in der ganzen Härte ihrer Ausprägungen, zusammengedrängt existieren. Und wahrscheinlich ist es genau dies, was der Diskussion in und um Südafrika ihre engagierte Heftigkeit verleiht. Denn dieses Land könnte ja ebenso gut ein Muster dafür abgeben, wie ein Zusammenleben der vier Welten zu gestalten wäre — immer noch, wenn auch die Stunde vorrückt. Daß die Polarisierung voranschreitet, ist unübersehbar, trotz wirtschafts-optimistischen Beteuerungen. Gemäßigte Oppositionelle haben uns gesagt, daß es längst nicht mehr um gewaltfreie Lösungen geht und man nur noch auf eine Minimierung von Gewalt hoffen kann, denn Gewaltakte häufen sich, auf allen Seiten. Schwarzes Bewußtsein und weiße Angst wachsen, und damit die Konfrontation.

Merkwürdigerweise war die geistige Bilanz unserer Reise — bei allem Elend, das wir angetroffen haben, trotz schreienden Ungerechtigkeiten und unbegreiflichen Härten — eher auf der Seite der Hoffnung. Vielleicht hat die unerhörte Schönheit und Fruchtbarkeit des Landes, das — an der Bevölkerungsdichte der Schweiz gemessen — einer sechsfachen Zahl von Menschen Existenz bieten könnte, dazu beigetragen. Vor allem aber waren es die Begegnungen mit Menschen verschiedener Hautfarbe, die unsere Eindrücke im wesentlichen bestimmten. Auffallend viele Frauen gehören zu diesen Menschen, deren persönlicher Mut uns Hoffnung gab. Mit einer Ausnahme haben diese Frauen keine politischen Schlüsselstellungen, sondern im eigentlichen Sinne «Zivilcourage». Ob es stimmt, was ich in letzter Zeit verschiedentlich gehört habe, daß Frauen allgemein weniger Angst haben — einfach weil ihr Herz mehr engagiert ist?

«Wir kommen wieder»

Da ist Regina, Bewohnerin von Crossroads, der bekanntesten Slum-Siedlung in Kapstadt, eine der Anführerinnen des dortigen Frauenkomitees. Vor ein paar Jahren haben diese Frauen mit ihrem Theaterstück «Wir kommen wieder» die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Aussiedlung in die Transkei und Ciskei aufgerufen. Das Resultat ist die Siedlung New Crossroads, die den legalen Aufenthaltern daraufhin von der Regierung gebaut wurde. Regina ist in Old Crossroads geblieben, sie fühlt sich dort zuhause. In ihrer imposanten Körperfülle thront sie neben ihrem eher schmächtigen Mann, der sich in ihrer Originalität sonnt, und berichtet über den Kampf, der weitergeht. Denn nur Schwarze, die sich über eine längere Ansässigkeit ausweisen können, bekommen eine Arbeits- und Wohnbewilligung. Wer keine Arbeit hat,

(die Zahl der Arbeitslosen ist nicht genau bekannt, aber sie dürfte die Zwei-Millionen-Grenze überschreiten), wird zurückgeschoben in die Homelands, wo es noch weniger Arbeit gibt und zu wenig Raum für die noch unentwickelte Landwirtschaft. Elend herrscht dort, in der Ciskei auch akuter Hunger. Darum versuchen die Männer immer wieder, Kontraktarbeit in den weißen Städten zu bekommen, und ihre Familien, die nicht von ihnen getrennt leben wollen, folgen illegal. Wir haben Leute getroffen, welche die Reise hin und her (freiwillig hin, mit Staatstransport zurück) über dreißigmal gemacht haben.

Wir besuchen eine Gruppe, die im Winter ausgetrieben wurde und von kirchlicher Seite Plastiksäcke zum Zeltbau zur Verfügung gestellt bekam. Drei solide Plastikzelte stehen da wie Betonbunker, der Flächeninhalt beträgt vielleicht 80 Quadratmeter. In jedem von ihnen hausen 240 Erwachsene mit ihren Kindern. Man hatte ihnen eine Lösung des Wohnproblems versprochen. Als zehn Tage nach der gesetzten Frist keine Antwort eingetroffen war, bauten sie sich trotz Verbot Blechhüttchen hinter den Zelten auf — in der zunehmenden Sommerhitze ist es unter dem Plastik kaum noch auszuhalten. An eben dem Tag, an dem wir gegen Abend dort ankamen, waren die Hüttchen von der Polizei geräumt und mit Bulldozern niedergewalzt worden. Wir waren gerührt, daß die Leute bereit waren, mit uns als Weißen überhaupt zu reden. Aber: «Wir kommen wieder» bleibt das Motto. Sie wollen standhalten — müssen standhalten, allen voran die Frauen, die immer noch lieber hier bei ihren Männern als im ihnen fremden «Heimatland» mit Kindern und Großeltern allein im Elend sind.

Wachsender Widerstand gegen die «getrennte Entwicklung»

Da sind die (weißen) Frauen der Organisation «Black Sash». Ehrenamtlich sitzen sie stundenweise, tageweise in primitiven, überfüllten Büros und empfangen dunkle Männer und Frauen der Reihe nach aus dicht besetzten Warteräumen, um ihnen alle legalen Möglichkeiten zu erschließen, von denen diese meist keine Ahnung haben. Sie können ein Liedlein singen vom Funktionieren der «getrennten Entwicklung», die auf dem Papier so schön und friedlich aussieht! Auch bei ihnen habe ich eine Entwicklung gespürt, die mir gegenüber früher auffiel: Mit fortschreitender Konfrontation wird die Haltung eindeutiger, die Angst kleiner. Kräfte wachsen aus Einsatz und Widerstand, genährt bei einem großen Teil der Leute aus einem tiefen christlichen Glauben.

Da ist die Bürgermeisterin von Durban, der Hauptstadt von Natal. Sie hört auf den gut schweizerischen Namen Sybil Hotz und ist mit der Natal-Regierung zusammen daran, dieses Bundesland, gleichsam als Muster für die drei anderen Provinzen, zu einem multirassischen Staat

zu machen, in dem alle zu ihrem Recht kommen sollen. Ihre Haltung beeindruckt uns sehr — allerdings erfahren wir nachträglich, daß ziemlich genau zur gleichen Zeit unseres Besuches wieder 100 000 Schwarze auf dem Gebiet von Natal «umgesiedelt» wurden, aus ihren angestammten Wohnplätzen in Gebiete, wo noch keinerlei Sozialstruktur besteht, zum Teil auch kein Wasser.

Der schwarze Kontrahent von Frau Hotz ist der Zulu-Chief Gatsha Buthelezi, dessen 6 Millionen starkes Volk, als einziges ursprünglich im Gebiet ansässiges, Natal bewohnt. Zur Zeit herrscht hier, wie überhaupt im Norden des Landes, eine katastrophale Dürre. Auf unserer Fahrt durch ein idyllisches, aber weitgehend braunes Tierreservat, in dem bereits ein Teil des Bestandes abgeschossen werden mußte wegen Nahrungsmangel, und über die dürren Hügel zu der auf 1800 Meter gelegenen «Hauptstadt» Ulundi erleben wir es augenfällig: Zwischen den weitgehend graslosen Abhängen, auf denen magere Herden zusammensuchen, was noch an gelben Halmen zu finden ist, gibt es grüne Streifen, auf denen es in frühlingshafter Pracht keimt und blüht, unter dem Regen der Irrigatoren, die aus dem (noch) genügenden Grundwasser Zuckerrohr, Getreide und Gemüse besprühen. Das sind die Plantagen der Weißen, die sich bisher nicht bereit erklärt haben, ihre Ländereien zur Abrundung des Zulu-Gebietes abzutauschen. Ueber die ökologischen Auswirkungen solcher Landnutzung beginnt man erst, sich Gedanken zu machen.

Die «Sandwich-Position» des Gatsha Buthelezi

Gatsha Buthelezi empfängt uns in der «Holiday-Inn» von Ulundi — seine immer noch provisorischen Regierungsgebäude eignen sich nicht für Empfänge, und bei ihm zuhause gelten die Apartheidgesetze. Denn Zululand soll nach seinem Willen nicht selbständig werden, sondern bei Südafrika bleiben. Eine Selbständigkeitserklärung hätte zur Folge, daß Zulus keine Südafrikaner mehr sind. Kaum zurück von Amerika, zwischen zwei Konferenzen, hat Gatsha «Zeit für uns, solange wir Zeit haben» — typisch für südafrikanische Gastfreundschaft. Lebhaft, brillant, beredt schildert er die politische Lage. Seine Grundstimmung ist Traurigkeit, denn auch im Zululand herrscht Hunger, sind Seuchen ausgebrochen (Kinderlähmung, vermehrte Tuberkulose, Cholera und sogar Pestfälle). Außerdem befindet sich Buthelezi in einer sich verhärtenden «Sandwich-Position». Auf der einen Seite werfen die Radikalen ihm Zusammenarbeit mit der Regierung vor. Beim ANC (African National Congress), der Exilorganisation, ist er in Ungnade gefallen, weil er sein Land mit ausländischer Hilfe industrialisieren möchte und gegen Boykotte ist. Außerdem fürchtet man auch auf

schwarzer Seite die mächtigen und zahlreichen Zulus, aus denen sich Buthelezi eine 300 000 Mann starke Hausmacht, die Inkatha-Bewegung, aufgebaut hat, innerhalb noch legaler Grenzen. Auf der andern Seite ist er Persona non grata ersten Ranges bei der Regierung; denn solange er für sein größtes schwarzes Land die Unabhängigkeit nicht akzeptiert, kann das Konzept der rassisch getrennten, in loser Föderation zusammengeschlossenen Bundesstaaten (große Apartheid) als gescheitert gelten.

Er hatte auf die Reform-Politik Bothas gesetzt. Die paritätisch mit prominenten Politikern und Fachleuten bestückte «Buthelezi-Kommission» hatte ein rund tausend Seiten starkes Konzept ausgearbeitet, wie Südafrika schrittweise zur Gleichberechtigung aller Bevölkerungsteile geführt werden könnte. Er hat darauf nicht einmal eine Antwort bekommen. Hingegen verhandelt die Regierung mit Swaziland wegen eines Gebietsabtausches, bei dem Zululand sein angrenzendes Gebiet abtreten soll gegen eine amerikanische Marinebasis.

Nun ist auch Buthelezi, mit vielen anderen, überzeugt, daß die sogenannte Reformpolitik, rein wirtschaftlich gesteuert, nur dem Zwecke dient, eine Mittelschicht zu schaffen, die letztlich die Macht der Weißen untermauern soll, nach dem Muster der lateinamerikanischen Staaten. Denn der von der Regierung vorgeschlagene «Präsidialrat» sieht zwar eine beratende Beteiligung der Mischlinge und Inder vor, läßt aber die Schwarzen aus und stattet außerdem den Präsidenten mit geradezu diktatorischen Vollmachten aus. Es ist tatsächlich schwierig, daran zu glauben, daß dies ein erster Schritt auf dem Wege zur Lösung des Rassenproblems sein soll. Solange alle wesentlichen Entscheide unter Ausschluß der Schwarzen, das heißt für sie statt mit ihnen, getroffen werden, fällt es schwer, an eine Umkehr zu glauben.

Was man immer gegen Buthelezi ins Feld führen kann — mich beeindruckt er als integre Persönlichkeit, auf einsamem Posten kämpfend, auch wenn ich mit seinem wirtschaftlichen Konzept nicht einverstanden bin. Auch die Reisegruppe hat ähnlich reagiert. Bei ihm wie bei anderen Prominenten in Südafrika fällt auf, wie sehr sie ihr Ringen um eine Lösung der extrem schwierigen Probleme vom Glauben her verstehen, ob sie nun Anglikaner (wie er), Methodisten, Lutheraner, Presbyterianer, Katholiken oder was immer sein mögen. Die Reformierten machen zwar in dieser Beziehung keine Ausnahme. Umso bedrückender ist es aber zu sehen, wie die beiden weißen reformierten Kirchen, zu denen die meisten Nationalisten gehören, immer noch praktisch ungebrochen hinter der Regierungspolitik stehen, obwohl es auch in den Reihen mindestens der «Dutch Reformed» gärt.

Ermutigung durch den Reformierten Weltbund in Ottawa

Die Generalversammlung des Reformierten Weltbundes in Ottawa im August 1982 hat diese beiden Kirchen in ihrer vollen Mitgliedschaft suspendiert, bis sie deutliche Zeichen einer veränderten Haltung zeigten, und hat Allan Boesak, einen prominenten Theologen der «farbigen» holländisch-reformierten «Sending Kerk», zu ihrem Präsidenten gewählt. Als Teilnehmerin an jener Versammlung war ich besonders gespannt auf deren Auswirkungen in Südafrika selber. Wir waren überwältigt. Auf dem Flug nach Kapstadt hatten wir gelesen, daß Boesak durch ein Manöver der Weißen knapp die Wahl zum Moderator (Präsident) seiner eigenen Kirche verpaßt hatte. Wenn wir nun erwarteten, auf der eben im Gang befindlichen Synode der Sending Kerk Niedergeschlagenheit anzutreffen, sahen wir uns gründlich getäuscht. Hochstimmung empfing uns. Die Unterstützung durch die weltweite reformierte Kirche hatte Wunder gewirkt. Allan Boesak selber hat nach den Wahlen die Delegierten vor dem Auseinanderlaufen bewahrt. Dann zündete der Funke, und es wurden, ohne wesentliches Zutun von Boesak, der einer Stimmbandentzündung wegen kaum reden konnte, Beschlüsse gefaßt, wie sie noch keine Synode in Südafrika erlebt hat: Verurteilung der Siedlungspolitik und der Verhaftungen ohne Urteil, Unterstützung der Dienstverweigerer, Unterstützung jener Pfarrer, die rassisch gemischte Paare entgegen dem herrschenden Gesetz trauen (die Kirche hat die Lizenz zur Eheschließung), Beitritt zum sehr umstrittenen SACC (Südafrikanischer Kirchenrat), Beschluß, daß weiße Pfarrer künftig nur aufgrund einer Loyalitätserklärung (u. a. die Beschlüsse von Ottawa enthaltend) in der «Sending Kerk» zugelassen würden. Ein endgültiger Bruch mit der weißen «Mutterkirche» wurde ebenfalls von Boesak verhindert — mindestens bis nach ihrer unmittelbar anschließenden Synode.

Es regnete Gratulationen und Unterstützungen von den meisten anderen Kirchen. Ein befreites Aufatmen war unüberhörbar. Wir haben den Erzbischof der katholischen Kirche (einer Minderheit), Dennis Hurley, und den Generalsekretär des SACC, den anglikanischen Bischof Desmond Tutu, persönlich getroffen. Hurley, ein gütiger, weiser älterer Herr, hat in seiner Kirche gerade durch seine Art, die Probleme menschlich, aber fast naiv-konsequent anzugehen, unerhört gewirkt. Tutu, ein lebhafter Mann von kleinem Wuchs, strahlt sein Charisma durch die leuchtenden Augen, die feinnervigen Hände und selbst durch das violette Vorhemd hindurch aus allen Poren aus. Er fragte zuerst, was wir in der Schweiz zu tun gedächten, um den Beschlüssen von Ottawa Nachdruck zu verleihen ...

Bemerkenswert waren auch die Reaktionen der noch erstaunlich

kritischen Presse. Während einzelne bürgerliche Zeitungen von einem «kommunistischen Totalangriff» auf das arme Südafrika sprachen, der nun vom Oekumenischen Rat auch auf den reformierten Weltbund übergegriffen habe, freuten sich andere recht unverhohlen über die Zeitbombe, die da in der Kirche so deutlich zu ticken anfing. Man erwartet offensichtlich noch einiges von dieser Institution. Die weißen Reformierten allerdings wanden sich in der Verlegenheit, zum Reagieren gezwungen zu sein. Die kleinere «Hervormde Kerk» (für die es bezeichnenderweise keinen englischen Namen gibt!) trat sofort aus dem Weltbund aus. In der großen «Dutch Reformed» wurde zur Behandlung der Auflagen von Ottawa eine Kommission eingesetzt, die der nächsten Synode in vier Jahren ihre Ergebnisse vorlegen soll. Boesak erhielt keine Sprecherlaubnis, während der Geheimdienst-Chef eine stark applaudierte Rede hielt. Aber dem vorgängigen Mahnbrief von 123 Pfarrern aus den eigenen Reihen, von der Synode erneut abgelehnt, war ein ähnlich lautender von 33 prominenten Laien-Mitgliedern gefolgt, der noch mehr Beunruhigung auslöste. Weiter fünf Pfarrer traten zur «Sending Kerk» über (was für sie auch eine wesentliche finanzielle Einbuße zur Folge hat). Die Abstimmung über Verbleib oder Austritt aus dem reformierten Weltbund ergab zwar ein Mehr von vier Stimmen für den Austritt, aber nicht die erforderliche Zweidrittelsmehrheit. So sind noch nicht alle Türen bei der DRC zu.

«Operation Hunger»

Im «Institute of Race Relations» in Johannesburg empfängt uns Ina Perlman, Leiterin der «Operation Hunger». «Wir investieren sonst zwei Drittel unserer Finanzen, die aus den verschiedensten, auch offiziellen Quellen stammen, in Gemeinschaftsprojekte in Slums und Umsiedlungslagern. Die Dürre-Katastrophe zwingt uns, nur noch Feuerwehr zu spielen, um wenigstens den Kindern in den betroffenen Gebieten täglich eine Mahlzeit zu verschaffen», sagte sie. Die Regierung hat es abgelehnt, den Notstand auszurufen — es handelt sich ja um Regionen, die nicht eigentlich zur Republik Südafrika gehören ... Ebenso werden Bewässerungsprojekte zum Teil abgelehnt mit der Begründung, es seien genügend Wasserstellen vorhanden, das heißt: ein Wasserhahn pro hundert Familien, zur Zeit etwa zwei Stunden täglich in Betrieb. Diese Wasserstellen sind übrigens an den meisten Orten in privatem Besitz (von Schwarzen!), die Bevölkerung muß das Wasser literweise kaufen. — Wieder beeindruckt uns das totale Engagement, das auch diese Frau an den Tag legt, und ihre Bereitschaft, auch heiße Eisen anzufassen, wenn es für ihre Schützlinge notwendig ist.

Schwarze Gewerkschafter: Glücklich, wer noch lebt

Noch einen Schritt weiter geht es auf dem Sektor der Gewerkschaften. An sich sind schwarze Gewerkschaften im Zuge der Reformen erlaubt worden, aber sie müssen sich registrieren lassen. Wenn sie das jedoch tun, dann sind sie auch im «Griff der Obrigkeit», und das macht sie weitgehend unwirksam. Diejenigen, die sich nicht registrieren lassen, sind zur Zeit wohl dem größten Druck ausgesetzt. Der Fall von Neill Aggett, der sich im Gefängnis erhängt hat, bewegt immer noch die Gemüter. Einige der Gewerkschafter, die wir getroffen haben, waren ihrerseits im Gefängnis. Nicht daß sie etwas über ihre Erlebnisse erzählten; aber es war klar: auch sie waren gefoltert worden. Siebzig Zeugnisse von gefolterten Ex-Häftlingen aus jüngster Zeit sind inzwischen an die Oeffentlichkeit gelangt. Unsere Gesprächspartner sagten uns: «Wir sind ja glücklich im Vergleich zu einigen andern, denn wir leben noch. Und wenn wir wieder verhaftet werden, dann ist unsere einzige Hoffnung, daß die draußen wissen, was mit uns geschieht.» Wir sind dabei sehr stille geworden. Die Frage drängt sich immer wieder auf: Wie steht es mit unserem eigenen Mut und unserer Bereitschaft, zu unserer Ueberzeugung zu stehen, wenn es etwas kostet?

Auch eine Art Gewerkschafterin ist Maggie in Kapstadt, eine Hottentottin aus Namibia. Selber mit neun Jahren als Dienstmädchen «verkauft», Analphabetin, hat sie mit einfachsten Mitteln angefangen, weibliche Dienstboten zu sammeln, Kurse für sie zu organisieren — Lesen und Schreiben, Hauswirtschaft, Nähen, Erste Hilfe. «Wir können uns nur für bessere Bedingungen wehren, wenn wir Qualität aufzuweisen haben», sagt sie. Einiges hat sie erreicht — die Organisation hat sich auf andere Städte ausgedehnt, eine Büro-Angestellte und einige Beraterinnen, die im Land herumreisen, unterstützten sie. Immer noch arbeitet sie mit minimalem Aufwand. Ihre Tätigkeit ist inzwischen auch im Ausland bekannt geworden. Sie steht für unzählige andere, die wir nicht kennengelernt haben, und läßt uns ahnen, welches Potential von Einsatz und Mut in diesem Lande lebendig ist. Und wir?

Hellhöriger für das, was in der Schweiz nicht stimmt

«Audiatur et altera pars.» Nach dieser Reise heißt das für uns einmal, daß es für Südafrika keine leichten Lösungen gibt. Das möchte ich gerne allen denen ins Stammbuch schreiben, die nach einer Ferienreise durch das herrliche Land, oder nachdem sie nie im Leben ein schwarzes Wohngebiet besucht haben, finden, es sei ja alles bestens und die Schwarzen nirgends so glücklich wie dort. Aber ebenso gehört es ins Stammbuch derer, die von der sicheren Schweiz aus nach einer gewalt-

samen Revolution schreien. Bei dem ungeheuren militärischen und wirtschaftlichen Potential derer, die an der Macht sind, würde das ein entsetzliches Blutbad bedeuten, vor allem an den Schwarzen. Aber soviel war wohl allen Reiseteilnehmern klar: Das Ohr eines Christen soll vor allem denen zugeneigt sein, die keinen Propaganda-Apparat und überhaupt keine Stimme in der Oeffentlichkeit haben. Und noch etwas: Wir sind hellhöriger geworden für das, was in unserem Land nicht stimmt, zum Beispiel den Fremdarbeitern gegenüber, aber auch im Verkehr mit der Dritten Welt. Wir werden wohl in Zukunft etwas weniger auf bequeme Ausflüchte und Propaganda-Tricks hereinfallen. Dies zusammen mit der gewonnenen Hoffnung ist vielleicht doch ein ganz gutes Reise-Ergebnis!

Johannes Harder und Eduard Buess

Zwei religiösen Sozialisten zum Gruß

Zwei Männer, die für unsere Bewegung viel bedeuten, feiern im Januar 1983 einen runden Geburtstag. Wir wollen diese Gedenktage nicht vorbeigehen lassen, ohne herzliche Glückwünsche nach Schlüchtern (Hessen) und nach Flüh (SO) zu senden.

Johannes Harder wird in seinem schönen Heim in Schlüchtern am 28. Januar seinen 80. Geburtstag feiern. Er gehört schon sehr lange zu uns, hat er doch in seinem Verlag anno 1929 Leonhard Ragaz' wichtiges Buch «Von Christus zu Marx — von Marx zu Christus» herausgegeben. Wenn er uns aus seinem bewegten Leben erzählt hat, saßen wir mit runden Augen um ihn herum und staunten. Als Sohn einer mennonitischen Familie tief in Rußland geboren, hat er nach dem Krieg studiert und auf dem Bruderhof mitgearbeitet. In den dreißiger Jahren war er Vortragsreisender der Bekennenden Kirche, später Dolmetscher in Kiew, nach dem Krieg Professor der Soziologie im Ruhrgebiet. Und nun hat er uns ja das schöne Geschenk der dreibändigen Blumhardt-Ausgabe (vgl. NW 1978, S. 367) gemacht, auch hat er uns immer wieder mit Vorträgen bereichert, zuletzt im Herbst im Wylerbad. Unter uns Baslern ist dieser humorvolle und originelle Pionier außerordentlich populär, speziell unter den Jungen, denen er brüderlich begegnet. Er ist auch politisch tapfer aufgetreten und hat sich nie gescheut, sich zu exponieren. Momentan schreibt er seine Memoiren, auf die man gespannt sein darf. Gebe Gott, daß er uns noch lange erhalten bleibt und noch vielen von uns begegnet!

Eduard Buess, der am 11. Januar seinen siebzigsten Geburtstag